

Medienmitteilung

10. September 2025

Regierungspräsidium Freiburg genehmigt Verbrennungsanlage für Klärschlamm in Forchheim (Kreis Emmendingen)

Das Regierungspräsidium Freiburg hat dem Klärschlammverwertung Zweckverband (KZV) Südbaden die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für den Bau und Betrieb einer Anlage zur Verbrennung von kommunalen Klärschlämmen in Forchheim (Landkreis Emmendingen) erteilt. Regierungspräsident Carsten Gabbert hat am Mittwoch im Klärwerk Forchheim den Genehmigungsbescheid unterzeichnet und an den Verbandsvorsitzenden Martin Haag übergeben.

„Die geplante Anlage stellt eine umweltverträgliche Lösung für die langfristige Klärschlammentsorgung in Südbaden dar. Sie trägt dazu bei, gesetzliche Vorgaben zur Phosphorrückgewinnung umzusetzen und Transporte zu minimieren. Die Entscheidung zeigt auch, dass das Regierungspräsidium als Mittelbehörde ein kompetenter und verlässlicher Partner für Großprojekte in der Region ist“, erklärte Regierungspräsident Carsten Gabbert.

Dem Genehmigungsbescheid ging ein umfangreiches Prüfverfahren voraus, das unter Beteiligung von Fachbehörden, weiteren Trägern öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit durchgeführt wurde. Die Umweltverträglichkeit der Anlage wurde intensiv untersucht. Die erteilte Genehmigung enthält zahlreiche Nebenbestimmungen zum Schutz von Mensch und Umwelt.

Die Anlage soll auf dem Gelände des Klärwerks in Forchheim gebaut werden. Mit einer Verbrennungskapazität von 7,6 Tonnen Klärschlamm pro Stunde ist sie ein zentraler Baustein für eine nachhaltige und ressourcenschonende Entsorgung von Klärschlamm in der Region. So wird künftig der Klärschlamm von 27 Kläranlagen entlang der Rheinschiene von Lörrach bis Rastatt zu Verbrennung nach Forchheim geliefert.

Mit der geplanten Inbetriebnahme der Anlage Ende 2028 erfüllt der KZV Südbaden die Anforderungen aus der Klärschlammverordnung und soll zukünftig zugleich einen wichtigen Beitrag zur Rückgewinnung von Phosphor, einem wichtigen Rohstoff, leisten. So ist die Ausbringung von Klärschlämmen auf Feldern ab 2029 bundesweit untersagt, damit Schadstoffe wie Schwermetalle sowie Rückstände von Medikamenten auf diesem Weg nicht mehr in die Umwelt gelangen. Nach Information des KZV wird die Anlage rund 100 Millionen Euro kosten.

Ansprechpartnerin für redaktionelle Rückfragen:

Heike Spannagel
Pressesprecherin
0761 208-1038
Heike.Spannagel@rpf.bwl.de
<https://www.rp-freiburg.de>

Das Regierungspräsidium in den sozialen Netzwerken:

[Facebook](#) | [Instagram](#) | [X](#)
